

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Verantwortlich für den Inhalt: Otto Hue, Offen; Druck: J. Neumann, Neudamm; Verlag: Verband der Verarbeiter, Datteln; beide in Datteln, Westfalen; Bezugspreis: 1,20 M. (inkl. 10% U. S. G. Steuer); Abnehmer: Alford & Co., Datteln.

Offener Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten.

St. Louis, den 25. November 1920.

Herrn Ministerpräsidenten von Saar in Münden.
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Diesel offene Schreiben richtete ich an Sie Herr Präsident mit dem Bitten, es auch Ihren Herren Regierungskollegen zu unterbreiten.

Hr. Verbandsmitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hatte ich Gelegenheit, bei meiner Reise durch das obersächsisch-sächsische Gebiet der berechtigten Äußerungen der Bergarbeiter zu hören. Sie von einer solchen Zustimmung in deren stichhaltigen Beweis ablesen. Da, wie Sie, Herr Präsident, wissen, im Ruhrgebiet Überprüfungen verfahren werden und worden in diesen Zonen geübt werden sollen auch ziemlich Quantitäten nach Elbstadt kommen, unterhält ich mich mit den Bergarbeitern, ob sie nicht auch gewillt seien, ebenso wie ihre Kameraden in Rheinland-Sachsen Überprüfungen zu verfahren. Um der Vollständigkeit abgeben. Die Antwort war ein striktes Nein!

Als Grund der Weigerung wurde angegeben, daß die bayerische Regierung den Verpositivismus seinerzeit Entgegenkommen zeigte. Das habe die letzte Arbeiterforderung erwiesen. Nicht nur, daß trotz der weiteren Forderung alles dessen was zum Lebensunterhalt notwendig, seinerzeit Lohnernöhung angelassen wurde, sondern man habe und nach dem Streik, ganz wie früher in der hiesigen hiesigen Zeit, alte, leistungsfähige Bergarbeiter gemahnen. So in Reichenberg. Zwei Arbeiter, die die Forderung nicht auf sich nehmen wollten, Streichbrecher genannt zu werden und sich deshalb mit ihren früheren Arbeitskameraden selbständig erklärten, wurden ihres Postens enthoben. Man versuchte also, wie in alter Zeit, das Streikrecht illusorisch zu machen und freistellte, die nicht zu Verrätern der Arbeiterfrage werden wollten.

Doch nicht allein dieses ist es, was die Vergarbeiter erbittert. In Rheinland-Westfalen sind schon längst Forderungen für die Betriebsräte herausgegeben, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart wurden. In Oberbayern weigert man sich beiderseits, diesem Friebe, das nur dem guten Einbernehmen dient, zu folgen. Dadurch entliehen fortwährend Streikfälle, so in Penzberg, im Halls des Betriebsobmannes Roth. Das schlimmste dabei ist dann noch, daß die zur Schlichtung dieser strittigen Frage eingeleiteten Schiedsstellen, so der Bezirksausschuß in Weilheim, sich als nicht zuständig erklären und damit diese Fälle monatelang hinauszugesogen werden. Nicht verwunderlich, daß ein solches Vorgehen böses Blut bei den Vergarbeitern erregt, zum Schaden der Allgemeinheit. Ferner ist die oberbayerische Vergarbeiterkass darüber sehr erregt, daß ihnen seit August vergangenen Jahres Lebensmittelpulagen entzogen wurden, deren diese bei ihrer früheren Arbeit doch besonders bedürfen. Auch darüber irritiert sich die Vergarbeiterkass abfällig auf, daß, trotzdem öfters Begerungsabordnungen die makte Lage der Vergarbeiter in Erfahrung brachten, es unterlassen wurde die Sessentlichkeit darüber aufzuklären. Die Folge davon ist, daß heute besonders bei der Landbevölkerung die Meinung verbreitet ist, die Vergarbeiter verdienen hohe Löhne, hätten reichlich zu essen und wollten der Allgemeinheit gegenüber doch nicht ihre Pflicht erfüllen. In Wirklichkeit ist der Sachverhalt doch so, daß die Lohnspanne zwischen Rheinland-Westfalen und Oberbayern immer größer wird und der oberbayerische Vergarbeiter immer mehr verelendet. In Rheinland-Westfalen besteht heute ein Sauerbudschnittslohn von 60 Mk., in Oberbayern nur 43,00 bis 44,00 Mk. In Marienstein lag nur 39 Mk. Es ist richtig, daß in Rheinland-Westfalen das Leben ein Teureres ist. Doch nicht in dem Maße, wie die Lohnsifferenzen zwischen den beiden Gebieten ausweist. Auch in sozialer Stinicht, was die Fürsorge für Kranke anbelangt, steht heute der oberbayerische Vergarbeitsfuß an letzter Stelle. Die Knappschafftskrankenkass, der die Vergarbeiter in Weihenberg und Umgebung angehören, hat ein Defizit von über 100 000 Mk. In Krankengeld wird z. Bt. täglich nur 9,50 Mk. gezahlt, also noch nicht einmal die Hälfte des Grundlohnes von 24 Mk. Erst vom 1. Januar ab soll die Hälfte dieses Grundlohnes als Krankengeld zur Auszahlung gelangen.

In den Knappschafftskrankenlassen anderer Bergbaureviere ist schon längst der Höchstgrundlohn, nach dem das Krankengeld berechnet wird, auf 30 Mk. gesetzt. Ledige und Verheirathete ohne Kinder erhalten dort 60 Prozent des Grundlohnes, also 18 Mk. in der Höchstklasse. Für jedes Kind wird ein Zwölftel mehr gezahlt, so daß bei drei Kindern 75 Prozent des Grundlohnes den Betrag des täglichen Krankengeldes ausmachen, demnach 22,50 Mark. In Reichenburg heute 9,50 Mk., ab 1. Januar 12 Mk.

Bei diesem geringen Krankengelde sind die Erkrankten der größten Noth ausgesetzt, das Elend in schlimmer Form hält Einzug bei ihren Familien. Das ist es mit, was die Bergarbeiter empört und erbittert. Sie können sich in der Krankheitszeit nicht erholen, körperlich schwach und matt kehren sie zur Arbeit zurück. Ist es verwunderlich, daß sie voller Groll erklären, wenn man ihnen nicht einmal soviel zugestehen will, in Krankheitszeiten vor Noth geschützt zu sein, von einem Verfahren von Ueberschüßten könne keine Rede sein. Dabei haben die Bergarbeiter durch ihre Knappschaftskassen schon erklären lassen, daß sie bereit seien, höhere Krankenkassenträge zu zahlen, aber die Generaldirektion, der Arbeitgeber, weigere sich, desgleichen zu thun. Würde man dazu übergehen, höhere Beiträge zu entrichten, könnten die Leistungen erhöht und das Defizit nach und nach gedeckt werden. Doch dies will der Arbeitgeber nicht, im Gegenteil, es besteht der Plan, die Krankenhilfe für Familienmitglieder abzubauen, um so des Defizits Herr zu werden. Es ist richtig, daß in der Jetztzeit durch die Operationen der Krankenkasse große Ausgaben entstehen, da man die Operationsbedürftigen nach München zur Vornahme der Operation sendet, statt in Weiskenburg einen Abtheilung anzu stellen, wo doch das dortige Krankenhaus mit allen Hilfsmitteln versehen ist.

Die Bezeichnung des Arbeitsgerichts, höhere Beträge zu ent-
richten, ist bei der Überprüfungsarbeit als Arbeitsgericht in Frage
gestellt, erweist die höchste Entscheidung und nur zu oft wird

„Der vom 22. bis 27. November in London tagende außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongress erhebt nach Kenntnisnahme des Berichtes der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde in das Ruhrgebiet entsandten Untersuchungskommission energischen Protest gegen die angebrachte Befestigung dieses Gebietes durch die Truppen der Entente.

Der Kongreß stellt fest, daß eine ähnliche Maßnahme ein nicht zu rechtfertigender Gewaltakt sein würde, eine Vergewaltigung der getroffenen Abkommen, eine Vergewaltigung der Freiheit und der Bestrebungen der Arbeiter zur Sozialisierung der Volkswirtschaft, ein Schlag des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterbevölkerung.

• In der Uebersetzung, daß die Befehle des Reichsgebiets verhängnisvolle Folgen haben und der Welt- und dem Reichsruhm ausbleiben könnten, wurde, daß es den Gefahren, welche die Welt bedrohen, noch neue hinzuzufügen und ein unübersteigbares Hindernis bilden würde für die Welterneuerung der normalen Verbindungen zwischen den Völkern, erklärt der Stenograph, daß die organisierten Arbeiter bereit sind, sich mit allen Mitteln einer derartigen Wahnahme zu widersetzen und zu verhindern, daß die Arbeiter des Reichsgebiets einer militärischen Unterjochung unterworfen werden.

Der Staatsrat erklärt, daß die Arbeitsfrage nicht durch militärische Gewalttaten, sondern nur durch eine internationale Organisation der Produktion und der Verteilung aller Brennmaterialien gelöst werden kann, wofür sie bereits der internationale Zergarbeitskongreß in Genf gefordert hat.

Der Kongress erklärt, daß ganz im Besonderen die Produktion im Ruhrgebiet unentbehrlich abhängig ist von einer guten Lebensmittelversorgung der Grubenarbeiter.

In Erwägung, daß die Verwalter die in Ehe eingegangenen Verpflichtungen wohl erfüllt haben, verlangt der Antrag auch für sie die Erfüllung der Versprechen, welche ihnen als Gegenleistung gemacht worden sind. Er weist hin auf die erste Lage, in der die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebiets sich befindet, auf das Elend, das die Jugend mit dem Tod bedroht, und verlangt, daß Maßnahmen zur Beseitigung dieses erschrecklichen Zustandes getroffen werden.

Der Kongress erklärt schließlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gruben nur das Werk seiner von dem gleichen Willen zur Freiheit und zum Frieden besessener Arbeiter sein kann."

Die Annahme dieser Resolution erfolgte einstimmig! Das
erregte tief den stürmischen Beifall des ganzen Kongresses her-

Aus der Resolution ist ersichtlich, daß ihr Verfasser erkennt, die internationale, kapitalistische, durch Deutsche deutscher kapitalistischer Zeitungen gewirkte Bemühungen im Gange sind, auch die Bergsozialisierung als einen Grund für die Befestigung des Unsozialismus hinzustellen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich recht deutlich gegen diese kapitalistische Wagericht ausgesprochen. Damit ist unsere Sozialisierungsforderung einer Angelegenheit der gewerkschaftlichen Internationale klär.

Zu der besonderen Resolution für die Sozialisierung, die der internationale Gewerkschaftskongress ebenfalls einstimmig annahm, wird in der deutschen kapitalistischen Presse geschrieben: „Die Resolution wende sich „gegen überführte Sozialisierungen“. Ganz recht, nämlich gegen sogenannte „Sozialisierungen“ nach in schlechten fundationalistischen oder kommunistisch-bolschewistischen Mustern, wie sich überhaupt der Internationale Gewerkschaftskongress mit aller Schärfe gegen die moskowitzische Verfälschung der Sozialisierung und gegen die bolschewistische Gewerkschaftersplittierung gewandt hat. Aber eine Bergbau-Sozialisierung, wie sie vom deutschen Bergarbeiterverband gefordert wird, hat der Internationale Gewerkschaftskongress gut geheißen. Und seine Kameraden werden sich durch die Fälschereien der kapitalistischen Presse nicht irre machen lassen.“

geht es dieser Sachlage und des Umstandes, daß ein gesetzgebendes
Gremium in dieser Materie schweren Schaden über alle Schichten des
Bevölkerung. Volkes bringen müßte, kann und darf die Reichsregierung
bei ihrem Vorgehen kein Mittel und keinen Weg unbeachtet lassen, die
geeignet erscheinen, zu weiterer und tieferer Klärung dieser für unsere
Vaterland sich ergebenden Frage zu führen. Die Reichsregierung hat
das feste Vertrauen, daß der gesunde Sinn der deutschen Vergleiche sich
dieser Notwendigkeit nicht verschließen wird. H e r n b a c h.

Diese Antwort des Herrn Reichskanzlers Fehrenbach be-
rührt nur den schlechten Eindruck, den die ausweichende Er-
klärung des Herrn Reichswirtschaftsministers Scholz in der
Reichstagsitzung vom 18. November 1920 auf alle Freunde einer
wirklichen Bergbau-Sozialisierung gemacht hat. Ueberdies hat
schon der Herr Reichswirtschaftsminister von Kaumer vor
Landesburger Handelskammerherren sich ohne Umstände für die
"Sozialisierung" à la Stinnes ausgesprochen. Das ist deutlich
genug für die Bergarbeiter. Die Reichsregierung hat zur Zeit
keinen Abschluß des Spa-Abkommens öffentlich angekündigt, einen
SozialisierungsGesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen und hat
die Sozialisierungskommission zu Vorschlägen aufgefordert. Statt
dessen, nachdem die Sozialisierungskommission ihre Vorschläge
veröffentlicht hat, an die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes
anzugehen, überweist die Regierung die Vorschläge der So-
zialisierungskommission — also nicht einen Gesetzentwurf der Re-
gierung! — dem Reichswirtschaftsrat. Damit ist dieser zu
der zweiten Sozialisierungskommission ernannt. Der Reichs-
wirtschaftsrat ernannte dann seinerseits auch eine Unter-Soziali-
sierungskommission, die jetzt nach "Verständigung" zwischen
Kohle und Wasser sucht. Darf man fragen, wieviel Sozialisie-
rungskommissionen noch aufgestellt werden zur Freude der
kapitalistischen Magnaten, die jetzt mit faßelloser Energie dabei
sind, das "neue Deutschland" unter die Gewalt eines Kon-
zerns von riesenkapitalistischen Trusts zu brin-
gen! Die lange glaubt man, diesen Trusts noch Zeit
zur Vollendung ihrer "nationalen" Werke gewähren zu müssen!

4 In der Samstagssitzung des Internationalen Gewerkschafts-Kongresses, der vom 22. bis 27. November in London abgehalten wurde, berichtete der Vorsitzende des französischen Gewerkschaftsbundes, Kamerad Leon Jouhaux, über seine Erfahrungen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Jouhaux hat sich bekanntlich in der ersten Novemberwoche mit den Kameraden Mertens (Belgien), Wertheim (Frankreich) und Timmeren (Holland) im Ruhrgebiet aufgehalten, um im Auftrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Generalsekretariat in Amsterdam) die dortigen Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen und die „Fehlungsfrage“ zu besprechen. Die Kommission hat sich informiert durch Befragung von Gewerkschaftsvertretern, industriellen Werkleitern und kommunalen Verwaltungsgestellten. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde dem Internationalen Gewerkschaftskongress in einem ausgearbeiteten abgefaßten Bericht (deutsch, englisch und französisch) vorgelegt. Wenn die Entente-Regierungen diesen Bericht des französischen Gewerkschaftsleiters Jouhaux mit Andacht studieren, werden sie wissen, daß es ein Verbrechen gegen die Menschheit wäre, die Drohung mit der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets wahr zu machen.

Stamerab Douhaux ergänzte seinen gebundenen Vortrag durch eine Rede, die ein eindringlicher Appell ist an die militärisch-kapitalistischen Gruppen aller Länder, nun endlich mit der Politik der Schöpfung des Völkerverhaßes und der brutalen Gewalt aufzuhören. Die Welt würde sich noch in Cammeren, die durch furchtbare Kriegeswunden verurteilt seien. Den „Sieger“ mache es schlecht, wie dem „Besiegten“. Brutale Gewalttätigkeit, die Befehle des Ruhrgebiets, würden nur im Interesse kleiner oder noch mächtiger Kapitalistengruppen unternommen. Das französische Volk habe kein Interesse an solcher Gewalttätigkeit, sondern wünsche den Wiederaufbau seiner zerstörten Landesteile durch verständiges Zusammenarbeiten mit dem deutschen Volke. Wenn trotzdem der Militarismus gegen das Ruhrgebiet vorgehe, so erwarten die französischen Gewerkschaften, daß die Ruhrgebietsarbeiter die Arbeit einstellen und die französischen Arbeiter werden sie unterstützen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall). Die schwerkranke Welt kann nur wieder gesund werden durch die entschlossene Solidarität der für den Völkerverhaß eintretenden Arbeiterinternationale. (Stürmischer Beifall.)

Beginnen sprach im Namen der deutschen Delegation dem Kameraden Fouhanz und seinen Kollegen Dank aus für den auffällenden Bericht über das Ruhrgebiet. Die deutschen Bergleute haben sich willig gezeigt, sie arbeiten sogar in Überzahl mit. Nur die besonderen Leistungen der Bergleute machen die Durchführung des Spa-Abkommens möglich. Eine Vergewaltigung des Ruhrgebiets würde eine europäische Katastrophe zur Folge haben. Begien schloßerte dann noch die bösmwillige Auslegung des Versailler Vertrages durch Ententevertreter, indem sie Deutschland als rechte Weichselufer nahmen, die obereschleßische Abgrenzung zu ungünstigen Deutschlands anragieren wollen, die Verwüstung der Maschinenzerstörung, der 800 000 Mißstände um das soll aus Europa werden, wenn diese Quälerei fortgesetzt wird? Wir appellieren nicht an das Mitleid, das hilft uns nichts, sondern wir appellieren an die Vernunft aller derjenigen, die das furchtbare Chaos nicht wollen!" (Stürmischer Beifall.)

Thomas, Kongreßpräsident, schließt sich im Namen der kritischen Delegation den Worten Zoubang und Regiens an. Thomas hebt hervor, daß offensichtlich der französische Militarismus immer noch seine friedensstörende Ziele verfolgt. Die englische Arbeiterchaft wolle keinen weiteren Krieg, sie wolle auch nicht, daß Deutschland ruiniert würde. Die englische Arbeiterchaft verlange einen wahren Völkerbund, in dem der Geist der Verständigung die Herrschaft habe. (Stürmischer Beifall.)

Darauf wurde folgende, von Souhauz vorgeschlagene Resolution zur Abstimmung gestellt:

Die Antwort des Reichsanwalters.

Wir erhielten folgendes Schreiben:

Der Reichskanzler.
M. 11538.

Auf das an mich gerichtete offene Schreiben vom 18. November 1920, betreffend Sozialisierung des Kohlenbergbaues, erwidere ich ergehenst das Folgende:

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat in der Sitzung des Reichstags vom 18. November 1920 für die Reichsregierung zur Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine Erklärung abgegeben, deren Inhalt und Wortlaut ich als bekannt voraussetzen darf. Ich darf im wesentlichen auf diese Erklärung verweisen und mich auf einige ergänzende Bemerkungen beschränken.

Wie aus der Erklärung des Herrn Reichswirtschaftsministers ers-
sehen werden kann, ist sich die Reichsregierung vollkommen bewußt,
daß die Frage der Sozialisierung eine der wichtigsten Aufgaben ist,
die von ihr bei der Lösung aufzuheben sein werden. Es ist daher in der
Erklärung auch ausgesagt, daß die Reichsregierung einen Gesetzentwurf
über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues mit
größtmöglicher Beschleunigung vorlegen wird. Angesichts der Be-
deutung der Frage aber ist es unerlässlich, zunächst abzuwarten, ob die
schwebenden Beratungen von berufenen Sachverständigen des Reichs-
wirtschafts- und Reichskohlenrats zu einem Ergebnis führen, das als
geeignete Grundlage für die Entscheidungen der Reichsregierung be-
trachtet werden kann. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands
wird sich ebenso klar sein wie die Reichsregierung, daß hier eine Auf-
gabe gestellt ist, bei der es sich nicht nur um die Lösung einer Einzel-
frage, sondern um eine Materie handelt, die an die tiefsten Fundamente
unserer Wirtschaft und an die Gesamtstruktur unseres sozialen und
politischen Lebens reicht, mithin um grundlegende Entscheidungen, die
das Wohl und Wehe der Volksgemeinschaft aufs tiefste berühren. Ein-

Einem der Lesenden kann nicht mehr. Einer von den Wenigen, die selbst in der Zeit der heftigsten Verfolgungen des Bergarbeiterverbandes mit der Hämmerhantel in vieler Schwachhertigen die Fünfte nicht so fern trafen, sondern sich ihrer Kraft dem „alten Verband“ widmeten, als ein Herzschlag den offiziel Genossen dieser „schönen Welt“ entriß. Seit Oktober 1890 stand Franz Adams ununterbrochen im Dienste des Bergarbeiterverbandes. Eigentlich „nur“ Schriftföher — es können nicht alle Menschen Bergarbeiter sein — tat er weit über seine Tüchtigkeit hinaus für den „alten Verband“ mehr als viele unserer Kameraden, die den nun Verstorbenen erst in den letzten Jahren kennen lernen, wissen. Als viele Tausende, unter dem heißen Druck des Kapitals und der Knechtsucht unterworfen, bewährte sich der stets selbststrebende Mann als eine unerschütterliche Stütze des Bergarbeiterverbandes. Wenn seine Arbeitszeit als Seker abgelaufen war, betätigte sich Franz Adams als Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, als Anwaltsbeist, auch, obgleich in Wörm hochacht, jahrelang als Vertreter der Zählstelle Gern, weil es dort damals nicht möglich war, einen „richtigen Stumpel“ als Zählstellenleiter zu halten. Grundkapital als Polizei übten einen furchtbaren Druck aus. Franz Adams trat als selbstwilleiger in die Presse, wo es galt, den „alten Verband“ zu fördern, war in unserer Druckerei mit seinem engeren Vorgesetzten, G. Einich Dammer in den kritischen Jahren des Verbandes nicht nur Mitarbeiter, sondern auch Bruder, Helfer, Zeitungs-transporteur, Zeitungsgänger. Er fand neben seiner hingebenden Tätigkeit als Ortsverwalter und Agitator unseres Verbandes auch noch Zeit, in seiner Personifikation, dem Buchbrüderverband, dem Franz Adams ununterbrochen etwa 25 Jahre angehörte, seinen Mann zu stellen. Keine

Lustige Geschichten von Theod. Thomas
Preis 8 Mark
H. Hansmann & Co., Buchh., Wiemelhausenstr.